



PROTOKOLL

Ausschuss für Kultur

4. Sitzung per Videokonferenz am 29. September 2021

Öffentlich, 14.02 bis 15.36 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Historisches Museum der Pfalz in Speyer in Gefahr Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/429 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 3 – 11)
2. Dringender Sanierungsbedarf beim Historischen Museum Speyer Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/456 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 3 – 11)
3. Fortbildungsprogramm „Generation K - Kultur trifft Schule“ in zweiter Förderphase Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der FDP – Vorlage 18/453 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 12 – 14)
4. Rückblick auf den Tag des offenen Denkmals 2021 Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/469 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 18 – 20)
5. Bundesprogramm Kultur macht stark Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/470 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 15 – 17)

Tagesordnung	Ergebnis
6. Kopfüber zweites Kinder- und Jugendtheaterfestival in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – Vorlage 18/471 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 21 – 24)
7. Projekt in:balance der LAG Rock & Pop RLP und Gründung des Netzwerks musicRLPwomen Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 18/474 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 25 – 26)
8. Verschiedenes	S. 27

Vors. Abg. Michael Wagner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden der Videokonferenz.

Punkte 1 und 2 der Tagesordnung:

1. Historisches Museum der Pfalz in Speyer in Gefahr

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/429](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

2. Dringender Sanierungsbedarf beim Historischen Museum Speyer

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/456](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt.

Abg. Martin Louis Schmidt führt zur Begründung aus, Theo Wieder vom Bezirkstag Pfalz habe zu den Sanierungsproblemen rund um den Neubau des Historischen Museums der Pfalz Speyer geäußert, diese entwickelten sich zunehmend zu einer Realsatire. Das sei in einem Artikel der RHEINPFALZ Anfang September 2021 sehr gut auf den Punkt gebracht worden.

Seine Fraktion habe umgehend darauf reagiert und den vorliegenden Berichtsantrag zu dem Thema eingebracht, weil das Land in verschiedener Hinsicht handeln müsse. Zum einen sei ein Handeln hinsichtlich der Sanierungsarbeiten erforderlich. Zum anderen müsse der Gefahr entgegengewirkt werden, dass der Ausstellungstätigkeit und dem Ruf dieses bedeutsamen Museums geschadet werde.

Die CDU-Fraktion sei in ihrem Antrag noch näher auf die vielen vorhandenen sichtbaren Mängel im Museum eingegangen.

Abg. Marion Schneid legt dar, beim Betrachten der Sachlage vor Ort im August sei die Situation sehr gravierend gewesen. Sehr viele Eimer und sehr große Wäschekörbe hätten unter dem sich langsam an verschiedenen Stellen bildenden Schimmel aufgestellt werden müssen, und – das habe sie persönlich sehr gravierend gefunden – der Sicherungskasten sei durch eine Plane abgesichert worden, weil die Decke undicht sei und es in das Museum hineinregne. Das sei kein haltbarer Zustand.

Zudem habe sie mit Schrecken wahrgenommen, dass der als Ausstellungsraum ausgewiesene Anbau über sechs Jahre hinweg nicht genutzt werden könne. Das Museum benötige diesen Raum aber dringend für Ausstellungen. Letztendlich sei er derzeit nur ein Abstellraum, in welchem alles abgedeckt sei, damit es nicht nass werde.

Ihre Fraktion habe darauf hingewiesen, dass ein Handeln dort erforderlich sei. Sie und die Stadt Speyer hätten bereits oft versucht, den Prozess voranzubringen. In dem Zusammenhang bitte ihre Fraktion um Auskunft, weshalb sich die Sanierungsmaßnahmen, deren Notwendigkeit niemand abstreiten könne, ständig verzögerten.

Weiter frage sie, ob die europaweite Architektenausschreibung tatsächlich erfolge bzw. wofür diese notwendig sei, da es sich nicht um einen Neubau, sondern um eine Sanierung handele.

Zudem wolle sie wissen, wie die Landesregierung zum Einsatz eines Landeskoordinators stehe, der ihrer Meinung nach für ein derartig umfangreiches Projekt erforderlich sei.

Insbesondere in der aktuellen Situation, in der Baukosten ohnehin exorbitant stiegen, bitte sie zudem um Nennung der Kosten, da die Sanierung umso teurer werde, je länger sie anstehe.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck berichtet, das Historische Museum der Pfalz Speyer sei seit vielen Jahren eines der besucherstärksten Museen des Landes und könne mit Fug und Recht als kulturelles Aushängeschild des Landes Rheinland-Pfalz bezeichnet werden. Die Strahlkraft des Museums reiche weit über die Landesgrenzen hinaus. Dieser besonderen, überregionalen Bedeutung sei sich die Landesregierung durchaus bewusst und übernehme als Mitstifter seit vielen Jahren Verantwortung.

Der Landesregierung sei aber nicht nur die sehr gute Arbeit des Museums bekannt, sondern sie sowie alle anderen Träger des Museums seien sich auch seit Jahren des dringenden Sanierungsbedarfs des im Jahr 1992 eröffneten Neubaus bewusst. Auch bei dieser Sanierungsmaßnahme stelle sich das Land seiner Verantwortung für das Museum.

Bei der Sanierung des Neubaus handele es sich um ein sehr komplexes, mehrstufiges Verfahren mit mehreren Beteiligten auf Seiten des Landes und der Träger. Genau darin liege ein Teil der Problematik. Es sei keine reine Sanierungsmaßnahme, sondern das Projekt bestehe aus einer Sanierung, einem Teilabriss, einem Teilneubau und einer Erweiterung des bestehenden Baus.

Das Projekt und insbesondere die Förderung seiner Finanzierung durch das Land beschäftigten die Stiftung Historisches Museum der Pfalz Speyer, seine Stifter und die für eine Förderung aus dem Investitionsstock des Landes zuständigen Stellen des Landes daher seit mehreren Jahren. Stiftung, Stadt, Bezirksverband und Land seien sich alle darüber einig, es dauere schon zu lange, und es habe bereits zu viele Verzögerungen gegeben.

Er wolle keine Schuldzuweisungen vornehmen und eigentlich nach vorne schauen, müsse aber vor dem Hintergrund der in manchen Punkten etwas undifferenzierten Presseveröffentlichung einen kurzen Blick auf den aktuellen Sachstand sowie darauf, wie dieser erreicht worden sei, werfen.

Ausgangspunkt der aktuellen Diskussion sei die Bereitschaft des Landes, die Sanierungs- und Neubaumaßnahme beim Historischen Museum der Pfalz Speyer zu fördern, was die Trägerstiftung des Museums nicht unmittelbar leisten könne. Das Land habe sich bereit erklärt, den Bezirksverband Pfalz und die Stadt Speyer bei der Finanzierung dieser beiden Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen.

Dazu hätten der Bezirksverband Pfalz und die Stadt Speyer am 12. Juli 2018 entsprechende Anträge beim Land gestellt. Infolge dieser habe am 8. November 2018 eine Besprechung zwischen dem Bezirksverband Pfalz, der Stadt Speyer, dem Historischen Museum der Pfalz Speyer, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) unter Leitung des für Kultur zuständigen Abteilungsleiters des Kulturministeriums stattgefunden.

Das Ziel dieses Gesprächs habe darin gelegen, eine gemeinsame, abgestimmte Vorgehensweise zur Investitionsstockantragstellung zu vereinbaren. Einvernehmlich sei darin festgehalten worden, das Museum bzw. die Stiftung stellten jeweils zwei Anträge auf Gewährung einer Zuwendung zu den Vorabmaßnahmen und den Vorbereitungskosten an den Bezirksverband Pfalz und die Stadt Speyer. In einem zweiten Schritt stellten der Bezirksverband Pfalz und die Stadt Speyer jeweils zwei Anträge auf Zuwendung zu den Vorabmaßnahmen und den Vorbereitungskosten, also einen „Zuschuss zum Zuschuss“, an das Land. Bereits in diesem Verfahrensstand seien insgesamt acht Anträge zu stellen, was auf die Komplexität des Verfahrens hinweise.

In dieser Besprechung sei einvernehmlich festgelegt worden, dass zu den Vorbereitungskosten die Rechtsberatung, die Projektsteuerung, Kosten für Architekten und Fachingenieure, Kosten für den Architektenwettbewerb sowie Kosten für Gutachter und Bausachverständige zählten, die das Land fördere.

Insofern sei folgende Feststellung im Artikel der RHEINPFALZ richtig: „Dabei schien nach endlosen Gesprächen mit Ministerien und Behörden der Landesregierung die Vorgehensweise im Januar 2019 eingetütet zu sein.“

In einer weiteren Besprechung am 13. Februar 2019 sei festgehalten worden, dass der Gutachter für die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Vermeidung weiterer Verzögerungen bereits vor Bewilligung der Fördermittel beauftragt werden könne. Im März und April 2019 seien die Anträge durch die Stadt und den Bezirksverband Pfalz gestellt worden. Der Förderbescheid sei am 15. November 2019 erteilt worden.

Die Ergebnisse des Gutachtens zur Untersuchung der wirtschaftlichsten Variante (Abriss, Teilabriss, Sanierung oder Neubau) bildeten die Grundlage für alle weiteren Planungen. Das Gutachten zur Variantenuntersuchung sei der ADD am 5. Mai 2021 vorgelegt und anschließend durch den LBB baufachlich geprüft worden. Damit könnten nun die nächsten Schritte vonseiten des Bauherrn gegangen werden und die Vergabe der Architektenleistung zur konkreten Planung des Teilabrisses sowie der erforderlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen erfolgen.

Zur Aussage, vonseiten des Landes würden Forderungen gestellt, die jeglicher Grundlage entbehrten, merke er an, es gehe dabei um die geforderte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der einzelnen Varianten, also Sanierung oder Abriss und Neubau, sowie um den Architektenwettbewerb. Auf diese beiden Punkte sei sich bereits in der Besprechung am 8. November 2019 einvernehmlich verständigt worden. Das Land habe erklärt, dass beide Punkte als vorbereitende Maßnahmen förderfähig seien. Zudem sei die Untersuchung der wirtschaftlichsten Bauvariante für den wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Ressourcen unerlässlich und werde daher regelmäßig durch den Rechnungshof eingefordert.

Weiter sei es unzutreffend, es handele sich bei der Maßnahme um eine reine Sanierung des Gebäudes. Vielmehr würden ein Teilabriss und ein Teilneubau inklusive Aufstockung und Funkti-onserweiterung vorgenommen. Einige der Ausschussmitglieder seien vor Ort gewesen und mit dem Gelände vertraut.

Die Maßnahmen hätten eine Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes und der städtebaulichen Wirkung des Gebäudes zur Folge, sodass sich die Angelegenheit etwas komplizierter darstelle. Da sich das Gebäude in einem städtebaulichen, anspruchsvollen Umfeld im historischen Zentrum der Stadt Speyer und in unmittelbarer Umgebung des UNESCO-Weltkulturerbes Speyerer Dom befinde, hätten sich die Beteiligten bereits im November 2018 darauf verständigt, dass bei einem Neubau oder Teilabriss ein Architektenwettbewerb unumgänglich sei. Erfreulicherweise habe der Bezirksverband Pfalz der Durchführung dieses Wettbewerbs in einer Besprechung am 3. August 2021 endgültig zugestimmt.

Abschließend könne er nur an die Stiftung Historisches Museum der Pfalz Speyer, den Bezirksverband Pfalz und die Stadt Speyer appellieren, die weiteren Schritte nun zügig anzugehen. Die Förderung dieser Schritte durch das Land sei gegeben, sodass nicht davon die Rede sein könne, das Land lasse sie im Regen stehen. Er hoffe, die entstandenen Kommunikationsprobleme im Rahmen eines bevorstehenden Gesprächs mit Theo Wieder schnell lösen zu können.

Abg. Marion Schneid äußert, wenn ein Teilabriss und ein Neubau stattfänden, sei das Erfordernis der Beauftragung eines Architekten nachvollziehbar. Sie bitte um Auskunft, für welche Bereiche der Architekt zuständig sein werde und ob parallel schon eine Sanierung in anderen Bereichen angestoßen werden könne. In dem Zusammenhang frage sie zudem, ob eine Zeitabfolge vorliege, wann mit welchen Maßnahmen (Sanierung, Teilabriss, Teilneubau und Erweiterung des Baus) begonnen werden könne.

Nach wie vor fehle ihr zudem die Angabe der insgesamt entstehenden Kosten und des Gesamtvolumens, die mit einer Erweiterung wesentlich umfangreicher seien.

Guido Daum (Referent im Ministerium des Innern und für Sport) schildert, der Architektenwettbewerb und das anschließende Siegerkonzept bildeten die Planungsgrundlage. Erst wenn diese vorliege, stehe fest, welche konkreten Maßnahmen in diesem Zusammenhang zu erledigen seien und wie die Zeitabfolge aussehen könne.

Im Jahr 2015 sei eine Kostenschätzung vorgenommen worden, die inzwischen mit dem Preisindex hochgerechnet worden sei. Aktuell lägen die Kosten bei 14.260.000 Euro brutto.

Die Zeitachse hänge davon ab, wie schnell der Projektsteuerer vom Zuwendungsempfänger eingesetzt und der Bauherrnvertreter eingestellt würden und wie schnell der Planungswettbewerb stattfinden könne, worauf das Land keinen Einfluss habe.

Abg. Nina Klinkel merkt an, in der Landesschau Rheinland-Pfalz sei berichtet worden, das Land übernehme 60 % der Förderung.

Die Ausschussmitglieder begleiteten das Historische Museum der Pfalz Speyer schon eine ganze Weile. Verständlicherweise Sorge die Tatsache, dass dort seit sechs Jahren keine Ausstellungen mehr stattfinden könnten, vor Ort für Unruhe, Unmut und viele Befürchtungen. Auch wenn sich die Perspektive nicht auf den Tag oder Monat genau einschätzen lasse, würde eine grobe Zeitrichtung vor Ort, ob in der Stadt oder im Bezirkstag Pfalz, weiterhelfen.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck erklärt, da sehr vieles vom Architekten abhängen werde und erst in den nächsten Wochen dazu Gespräche anstünden, sei eine Einschätzung sehr schwierig. Theo Wieder habe sich aber bereits öffentlich dazu geäußert, dass der ursprüngliche Zeitplan zumindest nicht mehr eingehalten werden könne.

Er könne nur spekulieren, dass die Arbeiten gegen Anfang der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre abgeschlossen sein könnten. Wenn bei einem derartigen Objekt mit Bauarbeiten begonnen werde, könne dies aber nie genau abgeschätzt werden. Die Arbeiten könnten auch schneller abgeschlossen sein, dauerten aber häufig etwas länger als anfangs erwartet.

Die Ausschussmitglieder seien sich vermutlich alle darin einig, dass es jetzt wichtig sei, so schnell wie möglich voranzukommen und entstandene Missverständnissen aus dem Weg zu räumen. Dazu gehöre auch die Frage nach der Leitungscoordination seitens des Landes.

Für die Projektkoordination seien zwei nicht beim Land angesiedelte Stellen vorgesehen, die bisher aber weder beim Bezirksverband Pfalz noch bei der Stadt Speyer besetzt worden seien, was nun dringend geschehen müsse. Hinsichtlich der Notwendigkeit dieser Stellen seien sich die Ausschussmitglieder vermutlich einig, da eine Projektsteuerung notwendig sei. Die Frage, auf welcher Ebene diese sinnvoll angesiedelt sei, sei einvernehmlich geklärt worden.

Abg. Martin Louis Schmidt merkt an, bei Betrachtung der komplizierten Konstruktion mit bis zu neun Trägern und den Problemen, die perspektivisch auftreten würden, seien dort in Zukunft eine stärkere Koordinierung und eine Beschleunigung der Prozesse durch eine Stelle zwingend notwendig.

Unter anderem stehe der Vorwurf im Raum, das Land habe sich trotz seiner Beteiligung von 60 % bisher nicht engagiert, den Prozess voranzutreiben und für eine einheitliche Koordinierung zu

sorgen. Er habe Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck so verstanden, dass dieser die Notwendigkeit sehe und – auch im Gespräch mit Theo Wieder demnächst – Druck aufbauen wolle, um konkreter darüber zu sprechen. Er frage, ob er es richtig interpretiert habe, dass das Land den Prozess nun vorantreiben wolle.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck stimmt dem Abgeordneten Schmidt hinsichtlich der Beschleunigung des Tempos zu. Auf Theo Wieder wolle er aber keinen Druck ausüben, was aufgrund dessen hoher Motivation auch nicht notwendig sei.

Abg. Martin Louis Schmidt weist darauf hin, er habe sich auf den Prozess, nicht auf Theo Wieder bezogen.

Abg. Josef Philip Winkler stimmt zu, er sei ebenfalls über den Zeitungsartikel erstaunt gewesen, habe ihn aber wohlwollend als Hilferuf und Aufmerksamkeitsbeitrag vom Bezirkstag Pfalz verstanden. Erfreulicherweise werde aber ohnehin gute Arbeit geleistet.

Die Abgeordneten Schneid und Wagner seien in dem Museum zu Besuch gewesen. Es sei richtig, dass sie die dortigen Mängel anführten. Nach den Berichterstattungen der letzten Jahre sei es aber wenig überraschend, dass der Sanierungsbedarf derartig groß sei.

Die erschütternde Feststellung, dass nach so wenigen Jahren ein Neubau teilabgerissen und wieder neu gebaut werden müsse, spreche nicht unbedingt für die Qualität der damaligen Maßnahmen. Daran könne aber nichts mehr geändert werden.

Er sehe es wie Staatssekretär Professor Dr. Hardeck, der es bevorzugen würde, nach vorne zu schauen, produktiv zu werden und die Maßnahmen möglichst schnell auf den Weg zu bringen, weil es noch lange genug dauern werde, bis diese abgeschlossen seien.

Die möglichen Verstimmungen seien ausräumbar. Theo Wieder, mit dem er im Bezirkstag Pfalz zusammen mit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU einen Koalitionsvertrag unterschrieben habe, habe er immer als sehr konstruktiv empfunden, was sicherlich auch im Zusammenhang mit dem Historischen Museum der Pfalz Speyer der Fall sein werde. Insofern gingen die Arbeiten hoffentlich voran, damit das Museum über Rheinland-Pfalz hinaus in wenigen Jahren wieder möglichst stark erstrahlen könne.

Abg. Marion Schneid äußert, die Darstellungen des Abgeordneten Winkler könne sie nicht ganz nachvollziehen. Sie hätten die Situation, die immer schlimmer werde, bereits seit längerer Zeit beobachtet. Am Anfang hätten vielleicht fünf Eimer dort gestanden. Mittlerweile seien es 20. Statt zu sagen, es gehe voran, müsse endlich gehandelt werden.

Bis die Maßnahmen begannen und umgesetzt seien, würden Jahre vergehen. Insofern frage sie, wie die Landesregierung den Bezirksverband Pfalz, die Stadt Speyer und das Museum unterstützen könne, damit schon in den nächsten Jahren Teilaufgaben wie Sanierungen, die nachhaltig für

die kommende große Sanierung bestehen bleiben könnten, vorgezogen werden könnten, sodass das Museum die Räumlichkeiten zumindest teilweise nutzen könne und nicht mehr der Gefahr ausgesetzt sei, dass zum Beispiel Wasser in den Sicherungskasten eindringe. Das sei kein Problem, das noch zehn Jahre zur Seite geschoben werden könne und auch nicht dadurch gelöst sei, dass eine Folie darüber geklebt werde.

Es sei gut und wichtig, dass eine Lösung vorliege, wie generell damit umgegangen werde, jedoch seien auch Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation vor Ort notwendig.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck weist darauf hin, die Frage der Abgeordneten Schneid müsse an die Fachleute adressiert werden. Das Land werde alles Mögliche unternehmen, um die Bauträger dabei zu unterstützen, die nötigen Maßnahmen nun schnell vornehmen zu können. Wenn die Anregung der Abgeordneten Schneid, zum Trocknen der Räume zunächst eine Teillösung zu finden, einen Weg darstelle, den die Fachleute und die Träger gehen wollten, werde dies auch der Fall sein.

Gerne berichte er demnächst erneut dazu, wenn die Gespräche geführt worden seien und die vom Land mitfinanzierten Projektsteuerer ihre Arbeit begonnen hätten.

Abg. Martin Louis Schmidt merkt an, es sei klar, dass nach vorne geschaut und versucht werde, diese Misere nach Kräften zu bewältigen, damit das Museum möglichst bald und nicht erst am Ende des Jahrzehnts wieder voll genutzt werden könne. Irgendwann müsse aber eine Aufarbeitung zur Klärung der Verantwortlichkeiten stattfinden, da in den letzten Jahren sehr vieles misslungen sei.

Hinsichtlich der Ausstellungen stehe das Museum vor einem Problem, da die Räumlichkeiten bis Ende des Jahrzehnts nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden könnten. Er frage, ob Alternativpläne zur Überbrückung vorlägen bzw. Ausstellungen im schlimmsten Fall ausfielen. Ihm sei nicht klar, inwiefern der Museumsbetrieb aktuell und perspektivisch eingeschränkt sei.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck stellt klar, er habe nicht davon gesprochen, die Arbeiten am Museum seien vor Ende des Jahrzehnts abgeschlossen, sondern könnten es zu Beginn der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre sein.

Der Eindruck, das Museum liege brach, sei ein völlig falscher, denn Ausstellungen fänden – wenn auch in eingeschränkter Form – statt. Bedauerlicherweise stehe das Museum nicht vollständig mit seinen Flächen und Möglichkeiten zur Verfügung. Es sei aber in großen Teilen intakt und werde weiterhin sehr gut angenommen. Er erinnere zum Beispiel an die erfolgreiche Medicus-

Ausstellung. Zudem liege für die nächsten Jahre eine Ausstellungsplanung vor, die durchgeführt werde.

Dennoch nehme er die Angelegenheit sehr ernst. Die Ausschussmitglieder seien sich wahrscheinlich alle darin einig, dass die Arbeiten schneller vorangehen müssten und zu gegebener Zeit eine Evaluierung notwendig sei, wie es zu den Verzögerungen gekommen sei und wie sich die Verantwortlichkeiten darstellten.

Abg. Giorgina Kazungu-Haß äußert, sie habe die Diskussion in den letzten fünf Jahren in Teilen mitgeführt, die schon damals nicht mehr die jüngste gewesen sei. Eine Kettenreaktion sei dadurch entstanden, dass an einer Stelle mit der Sanierung habe begonnen werden wollen und der Sanierungsbedarf dann immer größer geworden sei. Die Durchführung des Projekts sei sozusagen ein Moving Target. Insbesondere der Abgeordnete Wagner habe als örtlicher Abgeordneter gut beobachten können, dass sich das Projekt immer weiter vergrößert habe und in die Länge gezogen werde.

Im Rahmen ihres Betreuungswahlkreises sei sie mit Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler häufig im Gespräch. Es sei sehr wichtig, in der Stadtgesellschaft zu kommunizieren, was in dem Museum weshalb passiere und warum es so lange dauere.

Ihr fehlten die Gespräche mit der Bevölkerung vor Ort, die aus zwei Gründen wichtig seien. Zum einen fänden in dem Museum oft Landesausstellungen statt, die für die Bevölkerung in der Pfalz sehr wichtig seien, da die Pfalz über kein Landesmuseum verfüge. Dementsprechend interessiere es die Pfälzerinnen und Pfälzer, aber auch die Bevölkerung in ganz Rheinland-Pfalz, wie die Zukunft der Ausstellungen im Landesmuseum aussehe. Zum anderen treibe es wahrscheinlich jeden Speyerer und jede Speyerin um, zu sehen, was mit diesem sehr imposanten und schönen Gebäude geschehe. Im Museum hätten früher Partys stattgefunden. Es sei ein Ort, an dem sich Menschen trafen.

Aufgrund der vielen Artikel in der Presse bitte sie um die Durchführung einer Informationsveranstaltung, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, sie aufzuklären und ihnen Perspektiven aufzuzeigen. Dadurch würde die Stadtgesellschaft noch einmal anders miteinbezogen. Im Moment schauten viele auf die drei verschiedenen Akteure, dessen genaue Zuständigkeiten für sie schwer nachzuvollziehen seien. Auch sei es für sie schwer zu verstehen, dass Ausstellungen nur zum Teil stattfänden. Die Menschen seien für eine solche Informationsveranstaltung zugänglich. Sie bitte die Landesregierung, dies als Aufgabe der Politik in die Hand zu nehmen.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck nimmt die Ausführungen der Abgeordneten Kazungu-Haß als eine gute Anregung auf, die gerne intern diskutiert und weiterverfolgt werde.

Abg. Josef Philip Winkler erwidert auf die Ausführungen der Abgeordneten Schneid, ihm liege nichts ferner, als etwas zu verharmlosen. In seinem Wortbeitrag habe er ausdrücken wollen, dass der aktuelle Stand nicht genau dem entspreche, wie er im letzten Artikel in der Presse geschildert

worden sei, sondern zwischenzeitlich wieder Entwicklungen zu verzeichnen seien. Opposition und Rechnungshof könnten zwar Aufarbeitung betreiben, um voranzukommen müssten aber die Aktivitäten, dort wo es möglich sei, beschleunigt werden.

Den Aspekt mit dem Sicherungskasten könne er auch nicht nachvollziehen. Es sollte nachvollziehbar sein, dass diese Erste-Hilfe-Maßnahme keine Dauereinrichtung sein könne. Trotzdem sei etwas Derartiges manchmal angezeigt, bevor die komplexen Maßnahmen durchgeführt würden.

Im Übrigen schließe er sich der Abgeordneten Kazungu-Haß an und danke Staatssekretär Professor Dr. Hardeck für seine Bereitschaft, in die Stadtgesellschaft hineinwirken zu wollen.

Vors. Abg. Michael Wagner führt an, hinsichtlich der von der Abgeordneten Kazungu-Haß angesprochenen Begegnung wolle er ein Beispiel nennen, das aber mit dem Neubau nichts zu tun habe. Im überdachten Forum, das den Ausschussmitgliedern bekannt sei, würden verschiedene Vorträge gehalten. Unmittelbar vor Weihnachten finde dort die Aufführung des Weihnachtsoratoriums von Johann Sebastian Bach statt, die er mit seinem Verein PalatinaKlassik ausrichte.

Es sei sehr unangenehm und störend, wenn es dort an dem Tag oder kurz vorher geregnet habe, da sie dann Stühle fortrücken und Eimer aufstellen müssten. Das führe dazu, dass die Aufführung dort in diesem Jahr nicht mehr stattfinden könne, weil die Eimer nicht mehr ausreichten.

Die Situation werde dadurch, dass alles derartig in die Länge gezogen werde, immer dramatischer. Er habe über all die Jahre immer wieder Kontakt zum Museum gehabt und sich die schadhafte Stellen angeschaut. Es sei schmerzhaft zu sehen, dass auf der Ausstellungsfläche nun ein Stuhllager untergebracht oder dort manchmal eine Schreinerei sei. Das sei verlorene Fläche, die sie dringend für Ausstellungen benötigten.

Durch die Berichterstattungen, die notwendig seien, um auf diesen Umstand hinzuweisen, riefen die Menschen im Umkehrschluss beim Museum an und fragten, ob dieses bald geschlossen werde bzw. Ausstellungen noch stattfänden.

Den Bericht von Staatssekretär Professor Dr. Hardeck bewerte er sehr positiv, wenn dieser bedeute, dass nun strikt nach vorne gegangen werde. Anders könne er sich ein Fortbestehen des Museums in dieser Qualität nicht vorstellen. Viele Jugendliche kämen in diesem Museum zum ersten Mal mit Ausstellungsgegenständen in Kontakt. Er appelliere als örtlicher Abgeordneter, das nicht aufs Spiel zu setzen.

Die Tatsache, dass alle im Bezirksausschuss vertretenen Parteien dafür votiert hätten, dass es nun schneller vorangehen müsse, zeige, alle Mitglieder dieses Ausschusses und des Ausschusses für Kultur zögen an einem Strang. Er freue sich darauf, wenn in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Kultur berichtet werden könne, dass die Arbeiten begonnen hätten.

Die Anträge sind erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Fortbildungsprogramm „Generation K - Kultur trifft Schule“ in zweiter Förderphase

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der FDP

– [Vorlage 18/453](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Cornelia Willius-Senzer führt zur Begründung aus, die Projekte der kulturellen Bildung seien in der Corona-Pandemie vor große Herausforderungen gestellt worden. Einige hätten unterbrochen werden müssen bzw. seien teilweise in digitaler Form weitergeführt worden. Sie frage, wie die Kooperationen mit den Schulen und den Kulturschaffenden weitergeführt worden seien und wie Bildungsarbeit insbesondere im ländlichen Raum an Schulen gebracht werden könne.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck sagt auf Bitte der **Abg. Cornelia Willius-Senzer** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck führt an, seit der ersten Berichterstattung in diesem Ausschuss über das Projekt „Generation K – Kultur trifft Schule“ in seinem Startjahr 2017 habe es sich zu einem wichtigen Instrument im Bereich der kulturellen Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Kulturelle Bildung sei als Instrument zur Förderung junger Persönlichkeiten und einer ganzheitlichen Bildung unumstritten. Vor diesem Hintergrund habe sich die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu entschlossen, die Verzahnung von Bildung und Kultur weiter zu intensivieren und sich seitens des Ministeriums für Bildung und des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) mit dem Landesprojekt „Generation K – Kultur trifft Schule“ am Projekt „Kreativpotentiale“ der Stiftung Mercator zu beteiligen.

Bei dem Vorhaben unter Federführung des MFFKI sei es beiden Häusern ein besonderes Anliegen, vor allem Jugendlichen, die inner- und außerhalb der Schule mit Kunst und Kultur nicht selbstverständlich in Berührung kämen, kulturelle Bildungszugänge zu eröffnen. Die am Projekt beteiligten Schulen sollten vor diesem Hintergrund für den Einsatz künstlerisch-kreativer Methoden im Unterricht sowie die Realisierung weiterer kultureller Maßnahmen sensibilisiert und beigeistert werden.

Das Projekt ziele insbesondere auf eine engere Zusammenarbeit mit professionellen Künstlerinnen und Künstlern sowie weiteren außerschulischen Partnern. Im Projektverlauf seien sechs weiterführende Schulen mit einem Ganztagsangebot sowie ein fester Stamm qualifizierter Kulturschaffender für eine Teilnahme ausgewählt und bei der Entwicklung eines Kulturprofils beraten, begleitet und qualifiziert worden.

Lehrkräfte sowie Künstlerinnen und Künstler hätten sich unter professioneller Anleitung mit kreativen Arbeitsmethoden, insbesondere dem Konzept von Learning Through The Arts (LTTA), vertraut gemacht und setzten es als künstlerisch-kreative Methode im Tandem in verschiedenen Unterrichtsfächern ein. Im Projektverlauf arbeiteten Schulen und Kulturschaffende eng zusammen und setzten bereits zahlreiche Projekte um. So etablierten sich neue Formate wie Künstlersprechstunden, kulturelle Pausen und Artist-in-Residence-Programme. Sie gehörten heute ebenso zur schulischen Selbstverständlichkeit wie Projekttag, Workshops und AGs mit kulturellem Schwerpunkt, bei denen Schülerinnen und Schüler beispielsweise in Zusammenarbeit mit Museen Ausstellungen kuratierten, eigene TV-Programme gestalteten oder im Rahmen einer Schülerfirma kulturelle Schulentwicklungsmaßnahmen begleiteten und realisierten. Auch seien Räume neu gestaltet und im Sinne des eigenen Kulturprofils umfunktioniert worden.

Unterstützt würden Schulen und Kulturschaffende neben der Projektleitung nicht zuletzt von einer neu eingerichteten Servicestelle Kulturelle Bildung (Skubi), die über „Generation K – Kultur trifft Schule“ hinaus weitere Interessenten und Akteurinnen und Akteure der kulturellen Bildungsarbeit berate. Hierbei gehe es zum Beispiel um Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Vernetzung mit Partnern der Bildungs- und Kulturszene, im Jugendbereich und in den Kommunen.

Im Rahmen von „Skubi mobil“ sei die Servicestelle, die auch eigene Projekte initiiere, in Rheinland-Pfalz unterwegs und berate vor Ort sowie digital.

Das Landesprojekt sei von verschiedenen überregionalen Fachtagen und -foren flankiert worden, die verschiedene Aspekte der kulturellen Bildungsarbeit – vom digitalen Arbeiten bis zur Entwicklung von Schulen als Dritte Orte – reflektierten und Lehrkräfte sowie Kulturschaffende landesweit ansprächen.

Insbesondere bei den benachteiligten Schülerinnen und Schülern zeigten sich sowohl hinsichtlich des Verständnisses von Lerninhalten als auch der Lernmotivation positive Effekte. Gleichsam halfen neue Lernmethoden und kulturelle Angebote zum Beispiel dabei, Jugendliche mit Sprach- und Lernschwierigkeiten besser zu integrieren. Nicht zuletzt jene, die damit nicht oder kaum in Berührung gekommen seien, zeigten an Kunst und Kultur nun auch über den Unterricht hinaus im Projektverlauf ein starkes Interesse.

Durch das Projekt habe zudem die Position der mitwirkenden Künstlerinnen und Künstler sowohl in künstlerischer als auch ökonomischer Hinsicht gestärkt werden können. Diese hätten zahlreiche Verbindungen untereinander, aber auch zu weiteren Partnern geknüpft und setzten ihre neu gewonnenen Kompetenzen landesweit und darüber hinaus ein.

In der zweiten Förderphase vom Jahr 2020 bis zum Jahr 2022 gehe es darum, das bisher Erreichte zu festigen und aufgebautes Know-how an andere Interessenten der kulturellen Bildungsarbeit weiterzugeben.

Die beteiligten Schulen hätten vor diesem Hintergrund verbindliche Konzepte formuliert, die konkrete Handlungsschritte für die Projektlaufzeit vorgäben. Sie würden bei der künftigen Weiterentwicklung als Kulturschulen durch die Projektleitung, die Servicestelle und die Künstlerinnen und Künstlern unterstützt, etwa durch einen regelmäßigen Jour fixe der Schulleitungen, auf sie zugeschnittene Fortbildungen, weitere Kulturprojekte oder die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern wie der Kunsthochschule Mainz. Diese bringe sich im Projekt „Generation K – Kultur trifft Schule“ ein, indem Studierende mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort kreative Unterrichtsmodelle vorbereiteten und eigene Ansätze für künstlerisches Handeln im Unterricht entwickelten.

Im Sinne des Transfers der gesammelten Erfahrungen sei in diesem Jahr ein umfangreiches Fortbildungsprogramm entwickelt worden, das über 30 Angebote der Künstlerinnen und Künstler sowie der Projektleitung und der Servicestelle enthalte.

Mit dem Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz (PL) seien bereits erste Veranstaltungen zu künstlerischen Interventionen im Schulalltag konzipiert worden, die auf dessen Portal beworben würden und in diesem Herbst stattfinden sollten. Gleichsam erhielten die am Projekt beteiligten Schulen seitens des PL Unterstützung, wenn es darum gehe, Wissen und Erfahrung als Kulturschule im Rahmen von Hospitationen an andere Schulen weiterzugeben. Im Zuge der Pandemie seien Besuche dieser Art bislang nicht möglich gewesen. Ebenso hätten größere Veranstaltungen, zu denen in den Vorjahren viele externe Interessierte gekommen seien, bislang nicht stattfinden können.

Auch die Kulturschulen hätten viele Vorhaben ausgesetzt bzw. anpassen müssen. Für ein Projekt wie „Generation K – Kultur trifft Schule“ sei eine Krise wie die Corona-Pandemie zu einem Lackmustest geworden. Umso erfreulicher sei es zu sehen, was die Beteiligten daraus gemacht hätten. Mit kreativen und künstlerischen analogen und digitalen Angeboten inner- und außerhalb des Unterrichts hätten Künstler- und Lehrerteams intensiv daran gearbeitet, Bildungsinhalte zu vermitteln und nachzuholen sowie Entlastungen vom Corona-Alltag und kreative Anregungen zu ermöglichen, beispielsweise mit einem Kurzfilmfest, welches klassenweise besucht worden sei, mit Open-Air-Konzerten oder einem Tape-Art-Projekt, in welchem die Hygiene- und Abstandsregelungen künstlerisch umgesetzt worden seien.

All dies verdeutliche, dass sich die Arbeit der Kulturschulen und der Kulturschaffenden gefestigt und in Krisenzeiten bewährt habe. Das Projekt sei ein großes Experiment, in dem vieles ausprobiert und ermöglicht werde, um flexibel auf die verschiedenen Voraussetzungen der Akteure und die allgemeinen Umstände in der Zeit der Pandemie zu reagieren.

All dies gehöre ebenso zum Erfolgsrezept des Projekts wie das große Engagement der Beteiligten, ohne die ein solches Programm, das über Landesgrenzen hinaus wahrgenommen werde, nicht vorstellbar wäre.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bundesprogramm Kultur macht stark

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/470](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Tagesordnungspunkt 5 wird vor Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Abg. Nina Klinkel führt zur Begründung aus, das Förderprogramm sei gerade erweitert worden. Für die Jahre 2023 bis 2027 seien bundesweit weitere 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden. In dem Zusammenhang bitte ihre Fraktion um Auskunft, durch welche Planungen und Maßnahmen Rheinland-Pfalz weitere Unterstützung erhalte.

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck berichtet, die kulturelle Bildung nehme in der kulturpolitischen Arbeit der Landesregierung einen Schwerpunkt ein, der sich in verschiedenen Programmen manifestiere. Beispielhaft sei das Programm „Jedem Kind seine Kunst“ oder das Programm zur Förderung der Jugendkunstschulen zu nennen.

Die Tatsache, dass darüber im Ausschuss immer wieder berichtet werde, zeige ihm, es bestehe parteiübergreifend ein Interesse an kultureller Bildung und Teilhabe, die vor allem in der Pandemie einen besonderen Stellenwert einnehmen.

Diesem Umstand trage auch das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ Rechnung, das die bestehenden Maßnahmen im Land um weitere Kunst- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche ergänze und in das sich die hier wirkenden Kulturschaffenden mit verschiedenen Angeboten einbrächten.

Ziel des Programms sei es, außerschulische bzw. außerunterrichtliche Maßnahmen der kulturellen Bildung für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 18 Jahren zu fördern. Die förderfähigen Maßnahmen umfassten alle künstlerischen Sparten und Kulturformen sowie interdisziplinäre Angebote und würden auf lokaler Ebene in Bündnissen mit mindestens drei Partnern aus unterschiedlichen Bereichen durchgeführt. Auch Schulen könnten sich als Partner einbringen.

Die Qualität der Bildungsangebote solle dabei durch die Erfahrungen und die fachliche Expertise von bundesweiten Verbänden und Initiativen sichergestellt werden, die die Bundesmittel an die lokalen Bündnisse weiterleiteten oder als lokale Bündnispartner selbst Maßnahmen durchführten.

Das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) übermittele den Ländern zweimal im Jahr die Anzahl, die im entsprechenden Monitoring nach Gesamt- und Einzelprojekten differenziert werde. Gesamtprojekte bezeichneten die beantragten Vorhaben der Bündnisse für

Bildung und beliefen sich in Rheinland-Pfalz derzeit auf 357. Sie könnten mehrere Einzelprojekte umfassen. Aktuell mit Stand vom 1. Juli 2021 seien es 577. Dies entspreche im Fall der Zusammenarbeit mit den bundesweiten Förderern einem Fördervolumen von rund 4.840.141 Euro. Die Förderung verweise dabei auf eine dynamische Entwicklung. Das Fördervolumen habe sich somit im Vergleich zum Volumen in Höhe von 3.995.645 Euro im November 2016 um eine knappe Million Euro erhöht.

Zu den Verbänden, in deren Zuständigkeit in Rheinland-Pfalz relativ viele Maßnahmen durchgeführt würden, gehörten beispielsweise der Bundesverband Populärmusik e. V. mit 63 Maßnahmen, der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. mit 61 Maßnahmen, der Verband deutscher Musikschulen e. V. mit 224 Maßnahmen oder die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. mit 13 Maßnahmen.

Bei den Einzelprojekten, die von Initiativen selbst durchgeführt würden, seien Akteure wie der Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e. V. oder die Stiftung Lesen aktiv. Insgesamt seien 104 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 527.642 Euro zu verzeichnen.

Das Projekt „Sammelsachenkramkunst“, das zum Beispiel über „Kultur macht stark“ gefördert worden sei, könne einen guten Einblick in die darin geleistete Arbeit geben. Im Rahmen dieses Projekts seien das kindliche Interesse am Sammeln aufgegriffen, Entdecktes in kleine Kunstwerke eingemündet und Kinder an die in einer Kunstgalerie präsentierte Arbeit einer professionellen Künstlerin herangeführt worden, bevor sie selbst ihre Werke in einer Ausstellung hätten präsentieren können.

Gefördert worden sei dieses mehrwöchige und unter professioneller künstlerischer Leitung durchgeführte Projekt in Trier vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler mit Kooperationspartnern wie dem Kunstverein Trier Junge Kunst, dem örtlichen Caritasverband und einer Kindertagesstätte.

Die kulturelle Förderung nehme in der Pandemie eine besonders wichtige Rolle ein. Zum einen bestehe ein Nachholbedarf an kreativen Angeboten. Zum anderen hälften Kulturprojekte, die Versäumnisse im Bildungsbereich sowie im sozialen Miteinander ein Stück weit nachzuholen.

Deswegen seien mit „Kultur macht stark“ insbesondere der Zeitraum der Sommer- und Herbstferien dezidiert in den Blick genommen und Förderbedingungen weiter erleichtert worden. So könnten weiterhin Anträge im Zusammenhang mit Länderprogrammen kurzfristig und mitunter außerhalb von Fristen gestellt werden. Unterstützt würden Antragstellende und Interessenten in Rheinland-Pfalz von einer Beratungsstelle, die an die Servicestelle Kulturelle Bildung mit Sitz in Trier angedockt sei und seit dem Jahr 2018 im direkten Austausch, aber auch im Rahmen größerer Veranstaltungen über das Bundesprogramm informiere. Sie nehme vereinzelt verschiedene Kulturbereiche in den Blick, etwa im Januar mit einer Veranstaltung zu Lesefördermaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Landesbibliothek Koblenz, habe aber auch das digitale Arbeiten in der

kulturellen Bildung und die dadurch entstehenden Perspektiven und Potenziale in der Zeit der Corona-Pandemie gepflegt.

Die strukturellen Rahmenbedingungen für die Beratungen seien im Zuge einer Trägerschaft des Kulturbüros Rheinland-Pfalz der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur & Kulturpädagogik e. V. geschaffen worden, das mit Mitteln des Kulturministeriums – aktuell seien es rund 130.000 Euro – institutionell gefördert werde. Die Beratungsstelle begleite die Weiterentwicklung von „Kultur macht stark“ auch in Zukunft.

Im Sommer 2021 habe das BMBF bekannt gegeben, das Programm werde für weitere fünf Jahre fortgesetzt. Ab dem Jahr 2023 stelle der Bund hierfür insgesamt bis zu 250 Millionen Euro in Aussicht.

Insgesamt lasse sich festhalten, die bestehenden Maßnahmen von Bund und Land im Bereich der kulturellen Bildungsarbeit griffen sinnvoll ineinander, die Akzeptanz von „Kultur macht stark“ in Rheinland-Pfalz sei hoch und das Programm starte – vor allem auch flankiert von der Arbeit der vorgestellten Beratungsstelle – mit bester Unterstützung in die nächste Förderphase.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Rückblick auf den Tag des offenen Denkmals 2021

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/469](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Nina Klinkel führt zur Begründung aus, ihre Fraktion bitte um Berichterstattung zum Verlauf des Tags des offenen Denkmals 2021, an dem sie sehr aktiv gewesen seien.

Dr. Stefanie Hahn (Referatsleiterin im Ministerium des Innern und für Sport) legt dar, am 12. September 2021 habe zum 29. Mal der Tag des offenen Denkmals stattgefunden. Wie bereits im vergangenen Jahr habe das Programm wegen der nach wie vor nicht gänzlich eingedämmten Corona-Pandemie nicht in der gewohnten Breite durchgeführt werden können. Während der Tag im Jahr 2020 jedoch ausschließlich auf digitale Präsentationen habe beschränkt werden müssen, seien im Jahr 2021 je nach Eignung neben digitalen Angeboten wieder Besichtigungen vor Ort angeboten worden.

Innerhalb des von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz bundesweit koordinierten Programms, das insgesamt 3.700 Kunstdenkmäler – davon 3.525 als Besuchsmöglichkeiten vor Ort sowie 403 digitale Angebote – umfasst habe, sei Rheinland-Pfalz mit 150 Denkmälern – davon 131 Angeboten vor Ort und 30 digitalen Präsentationen – vertreten gewesen. Vor der Pandemie hätten durchschnittlich zwischen 7.000 und 8.000 Denkmäler bundesweit und circa 400 in Rheinland-Pfalz ihre Pforten geöffnet.

Die im Verhältnis hohe Zahl der Besichtigungen vor Ort verdeutliche das große Bedürfnis, sowohl der gastgebenden Eigentümer als auch der interessierten Besucherinnen und Besucher, die Denkmäler in unmittelbarer Anschauung erleben zu können und sich über die denkmalpflegerischen Leistungen in ihrem lokalen Umfeld sowie in ihrer konkreten Nutzungssituation zu informieren.

Insbesondere der direkte Dialog und der Erfahrungsaustausch gehörten zu den besonderen Erfolgsfaktoren für den Tag des offenen Denkmals, die sich letztlich durch digitale Angebote nicht gleichwertig ersetzen ließen.

Für die Eigentümerinnen und Eigentümer, Vereine und Ehrenamtlichen bedeute dieser Kontakt mit der Öffentlichkeit auch eine Würdigung ihres Engagements. Demgegenüber seien die digitalen Präsentationen hervorragend geeignet, um über den aktuellen Stand hinaus längere Instandsetzungsprozesse und Restaurierungen erlebbar zu machen, komplexe Strukturen sowie Konstruktionen zu verdeutlichen oder den visuellen Zugang zu schwer zugänglichen Orten, wie etwa gefährdeten Bauten oder Baustellen, zu ermöglichen. Insofern ergänzten sich beide Formate sinnvoll und würden auch künftig am Tag des offenen Denkmals beibehalten und aktualisiert.

Das Programm könne noch nach dem Tag des offenen Denkmals auf der Website der Deutschen Stiftung Denkmalschutz eingesehen werden.

Durch den seit dem Jahr 2018 von der Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) am gleichen Tag wie der Tag des offenen Denkmals veranstalteten Denkmaltag Rheinland-Pfalz solle der Blick fokussiert auf das Bundesland gelenkt und somit das bundesweite Programm des Tags des offenen Denkmals sinnvoll um regionale Aspekte ergänzt werden. Dazu sei eine Broschüre vorgelegt worden, in der es in diesem Jahr unter dem Titel „Tradition und Fortschritt im 19. Jahrhundert“ um die Denkmäler dieser Zeit gehe und welche die im Jahr 2019 begonnene Reihe thematisch fortsetze. Im Jahr 2019 sei es um die Architektur des 20. Jahrhunderts und im Jahr 2020 zum Kaiserjahr der GDKE um die Vielfalt des Mittelalters gegangen.

In 27 kurzen, bebilderten Beiträgen hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbehörde sowie der Unteren Denkmalschutzbehörden eine Auswahl interessanter Kulturdenkmäler vorgestellt und von Entdeckungen, Ergebnissen und aktuellen Maßnahmen berichtet. Die Broschüre, die in den beschriebenen Kulturdenkmälern, bei den Denkmalbehörden sowie anderen öffentlichen Einrichtungen und in Tourist-Informationen kostenlos angeboten werde und auch nach dem Denkmaltag weiterhin erhältlich sei, habe laut den bisherigen Rückmeldungen insgesamt eine sehr positive Resonanz erfahren und einen sehr guten Absatz gefunden. Gleichzeitig sei sie in digitaler Form über die Website der Landesdenkmalpflege verfügbar. Auf die üblicherweise ergänzend angebotenen Führungen zu verschiedenen der vorgestellten Denkmäler habe leider im Jahr 2021 aufgrund der herrschenden Infektionsgefahr noch einmal verzichtet werden müssen.

Die alljährliche Eröffnungsveranstaltung mit Staatsminister Roger Lewentz habe in diesem Jahr im Marmorsaal des Kurbaalgebäudes von Bad Ems stattgefunden. Der Ort sei, nachdem Bad Ems unmittelbar zuvor als einer der deutschen Vertreter der Great Spas of Europe als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt worden sei, passend in Abstimmung mit dem Thema der Broschüre des Denkmaltags ausgewählt worden.

Die Veranstaltung sei unter Berücksichtigung der geltenden Pandemievorgaben sehr gut besucht gewesen. Auf großes Publikumsinteresse sei auch die anschließende fachliche Führung durch das Kurgebiet von Bad Ems gestoßen, das im Rahmen des Welterbeantrags eine denkmalpflegerische Nachqualifizierung erfahren habe.

Abg. Martin Louis Schmidt betont, die erwähnte Zeitschrift zum Denkmaltag der GDKE sei hinsichtlich der Bilder und der Texte wie ihre beiden Vorgängerausgaben hervorragend. Auf die Ausgaben in den nächsten Jahren könne man daher gespannt sein.

Er frage, ob unter den 120 analog zu besichtigenden Denkmälern das Pfaffgelände in Kaiserslautern als einer der spannendsten und perspektivträchtigsten Denkmalorte in Rheinland-Pfalz gewesen sei.

Dr. Stefanie Hahn sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss die Information zur Verfügung zu stellen, ob das Pfaffgelände in Kaiserslautern ebenfalls zugänglich gewesen sei.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Kopfüber zweites Kinder- und Jugendtheaterfestival in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/471](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck berichtet, vom 10. bis zum 12. September 2021 habe an der Landesbühne Rheinland-Pfalz in Neuwied das zweite Theatertreffen für junges Publikum mit dem Titel „kopfüber“ erfolgreich stattgefunden. Zugleich sei am 10. September 2021 das Junge Schlosstheater (JuSch) als erste Spielstätte ausschließlich für Kinder- und Jugendtheater an einem kommunal geförderten Haus in Rheinland-Pfalz eröffnet worden. Während seines Besuchs des Festivals und des neuen Spielorts sei er sehr begeistert gewesen und habe viele begeisterte jüngere und ältere Zuschauerinnen und Zuschauer sowie Theaterschaffende erlebt, die ihre Arbeit mit großer Leidenschaft ausübten. Die neue Spielstätte der Landesbühne Rheinland-Pfalz werde ganz neue Möglichkeiten eröffnen. An erster Stelle sei der Fürstenfamilie zu Wied zu danken, ohne die es das JuSch nicht gäbe.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) habe den Veranstalter und Ausrichter des Festivals, den Arbeitskreis Südwest der Association Internationale du Théâtre pour l'Enfance et la Jeunesse (ASSITEJ), und die Landesbühne Rheinland-Pfalz um einen abgestimmten Sachbericht gebeten. Laut diesem Bericht seien an den drei Tagen insgesamt elf Produktionen, davon neun aus Rheinland-Pfalz, gezeigt worden. Neben der Eigenproduktion der Landesbühne Rheinland-Pfalz zur Eröffnung des JuSch seien acht unterschiedliche rheinland-pfälzische Produktionen nach Neuwied eingeladen worden. Damit habe es die Landesbühne Rheinland-Pfalz unter dem Intendanten Lajos Wenzel ermöglicht, dass alle Produktionen, die sich im Vorfeld beworben gehabt hätten, eingeladen worden seien und eine Auswahl somit nicht notwendig gewesen sei.

Die Landesbühne Rheinland-Pfalz habe den Etat für das Theatertreffen aus eigenen Mitteln verdoppelt, sodass die Vielfalt der Produktionsstätten von Mehrspartenhäusern, etablierten freien Theatern bis hin zu jungen freien Ensembles habe präsentiert und dem Publikum ein breites Spektrum an Formen wie Tanz, Oper, Gruppenspiel, Erzähltheater, Klassenzimmerstück, Performance und klassisches Schauspiel angeboten werden können.

Zur Förderung des Fachaustauschs über Landesgrenzen hinweg seien zwei Produktionen aus angrenzenden Bundesländern – das Theater überzwerg am Kästnerplatz in Saarbrücken und das Theater Marabu aus Bonn – eingeladen worden. Am Eröffnungsabend sei zu einem kulturpolitischen Bankett geladen worden, das coronakonform auf dem angrenzenden Parkdeck mit über 80 Gästen aus Politik, Kunst, Verwaltung und Kulturverbänden, darunter sieben Mitgliedern der Landesregierung, stattgefunden habe.

Das Podium sei von Carola Unser, der Intendantin des Hessischen Landestheaters Marburg, geleitet worden. Daran teilgenommen hätten Staatsministerin Katharina Binz, der Sprecher des Arbeitskreises Südwest der ASSITEJ Peer Damminger, der Intendant des Theaters Koblenz und Bühnenvereinsmitglied Markus Dietze, Barbara Hahn-Setzer vom Landesverband Theater in Schulen Rheinland-Pfalz, Regisseur Rüdiger Pape und Jutta M. Staerk vom Vorstand der ASSITEJ. Das etwa einstündige Podium habe zu zahlreichen Gedanken und Gesprächen angeregt, die im Verlauf des Abends und der beiden folgenden Tage unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertieft und rege weiterdiskutiert worden seien.

Alle drei Fachveranstaltungen des Arbeitskreises Südwest der ASSITEJ seien gut besucht gewesen. 48 Kolleginnen und Kollegen aus 25 Institutionen hätten sich rege an den gebotenen Möglichkeiten zum Austausch beteiligt. Aus Rheinland-Pfalz seien Theatermacherinnen und Theatermacher aus 15 verschiedenen Institutionen, Ensembles und Gruppen beteiligt gewesen.

Auftakt der Gespräche am Freitag habe die Arbeitskreissitzung mit einem Erfahrungsaustausch, dem Austausch über Förderprogramme und Berichte aus den unterschiedlichen Gruppen gemacht. Beim Inszenierungsgespräch am Samstag sei es schwerpunktmäßig um den Musikeinsatz in den gezeigten Produktionen und den Austausch darüber, wie die Kolleginnen und Kollegen in ihren Produktionen mit Musik arbeiteten, gegangen, beim Inszenierungsgespräch am Sonntag um die Arbeit mit dem Text, den Umgang mit Adaptionen von Kinderbüchern und der dramaturgischen Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen. In der abschließenden Zukunftswerkstatt hätten die Teilnehmer ihre Gedanken zu „kopfüber“ schriftlich fixieren und in die Wunschbox geben können. Die detaillierte Auswertung werde allen Mitwirkenden übermittelt und diene der Weiterentwicklung des Theatertreffens.

Das Treffen habe einen doppelten Kulturauftrag, indem es zum einen als Zuschauerfestival dem Publikum der jeweiligen Region das vielseitige Kinder- und Jugendtheater aus ganz Rheinland-Pfalz zeige und zum anderen als Forum zum Austausch, zur Vernetzung, zur Fortbildung und zur kulturpolitischen Auseinandersetzung sowie zur Weiterentwicklung und Stärkung der Szene diene. Beide Ziele seien ausnehmend gut erreicht worden. Die Vorstellungen seien unter den aktuell geltenden Corona-Bestimmungen nahezu ausverkauft gewesen. Das erste Festival habe im vergangenen Jahr in Ludwigshafen stattgefunden.

Insgesamt hätten 940 Zuschauer aus Neuwied die zwölf Vorstellungen besucht. Zwei der vier Säle hätten coronabedingt nur eine Kapazität von 45 Sitzplätzen aufgewiesen. Leider hätten daher neben dem Fachpublikum nur sehr wenige Kinder und Jugendliche zugelassen werden können. Viele Zuschauerinnen und Zuschauer hätten somit insbesondere bei der Eröffnung auf eine digitale Liveübertragung getröstet werden müssen.

Über alle drei Tage habe eine offene und kollegiale Stimmung quer durch alle Produktionsformen geherrscht. Theatermacherinnen und Theatermacher hätten ihre große Gemeinsamkeit in dem Ziel erkannt, dass eine Stärkung des Kinder- und Jugendtheaters in Rheinland-Pfalz nur durch gegenseitigen Respekt und eine Vernetzung gelingen könne. Gemeinsames Ziel sei es, das

Recht jedes einzelnen Kindes auf kulturelle Teilhabe zu sichern und dessen Entwicklung und Entfaltung zu fördern.

Das Festival habe unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Malu Dreyer gestanden, die das JuSch eine Woche davor besucht habe. Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration Katharina Binz habe an der Eröffnung des JuSch sowie am kulturpolitischen Bankett teilgenommen und am Folgetag mit ihrer Familie noch eine dritte Vorstellung besucht. Auch er sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Parteien des Kulturausschusses hätten durch ihre Besuche eine große Wertschätzung der Kinder- und Jugendtheaterszene gezeigt.

Die vielen Gespräche seien als sehr bereichernd wahrgenommen worden. Tatsächlich habe durch die Vielzahl der sehr unterschiedlichen Produktionen der Kinder- und Jugendtheaterszene in Rheinland-Pfalz ein Schaufenster ihrer Arbeit geboten werden können. Eine sehr befruchtende und kollegiale Atmosphäre sei dadurch entstanden, dass sich die Kolleginnen und Kollegen die Produktionen der jeweils anderen angeschaut hätten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller kommunalen Theater seien dabei in einen konstruktiven, interessierten Austausch mit den Theatermacherinnen und Theatermachern sowie den Theaterfachleuten aus der freien Szene gekommen. Im Feedback sei von allen betont worden, die Vielfalt der Genres und der sehr unterschiedlichen Produktionen sei sehr spannend und anregend gewesen.

Das Verständnis für die Arbeit der anderen sei gestärkt, unterschiedliche künstlerische Ansätze gesehen, der Blick geöffnet und Berührungsängste abgebaut worden. Durch den Fokus auf bestimmte Themen in den Inszenierungsgesprächen sei es nicht um den Vergleich von „gut“ und „schlecht“ oder „Stadttheater“, „Staatstheater“ und „freier Szene“, sondern um den fachlichen Austausch auf Augenhöhe gegangen. Bei der nächsten Planung sei für diesen mehr Zeit einzuplanen.

Damit das im letzten Jahr in Ludwigshafen neu geschaffene und in diesem Jahr in Neuwied weiterentwickelte Theatertreffen verstetigt und gestärkt werden könne, seien folgende Aspekte notwendig:

- eine überjährige Planungssicherheit durch den Kultursommer Rheinland-Pfalz
- ein Programm, in dem es um spannende, vielfältige und professionelle Kinder- und Jugendtheaterproduktionen geht und bei dem die Fragen nach den Produktionsorten und -bedingungen kein Auswahl- oder Ausschlusskriterium darstellen dürfen
- wechselnde Gastgeber, um unterschiedliche Regionen und Theaterschaffende anzusprechen, unterschiedliche Produktionsbedingungen abzubilden und unterschiedliches Publikum zu erreichen
- weiterhin eine enge Kommunikation zwischen Kultursommer Rheinland-Pfalz, MFFKI und dem Arbeitskreis Südwest der ASSITEJ mit dem jeweils ausrichtenden Theater

- ein angemessenes Budget für das künstlerische Programm, den Fachaustausch und die Organisation bzw. Koordination, damit gastgebende und organisierte Kolleginnen und Kollegen angemessen und fair bezahlt werden könnten

Damit die freien Kolleginnen und Kollegen sich die Teilnahme am gesamten Theatertreffen leisten könnten und „kopfüber“ ein Treffen bleibe, das nicht nur für den eigenen Auftritt besucht werde, sondern bei dem sich alle Stücke angeschaut werden könnten, müssten auch bei steigenden Zahlen der teilnehmenden Theaternachbarn und Theatermacher weiterhin die Kosten für Fahrt, Übernachtung, Eintritte und Mahlzeiten vor Ort vom Theatertreffen getragen werden. Der Raum für den künstlerischen und kulturpolitischen Austausch müsse gegeben sein.

Die große Wertschätzung für das Treffen und das Interesse an der Theaterarbeit für junges Publikum vonseiten der Landesregierung stelle einen Paradigmenwechsel dar, der die Zukunft dieser Kunstform offen lasse.

Das MFFKI habe den kulturpolitischen Austausch mit 3.546 Euro und der Kultursommer Rheinland-Pfalz die Präsentation der Stücke mit 10.000 Euro gefördert.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Projekt in:balance der LAG Rock & Pop RLP und Gründung des Netzwerks musicRLPwomen

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Vorlage 18/474](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck führt zum Projekt „in:balance“ der Landesarbeitsgemeinschaft Rock & Pop in Rheinland-Pfalz e. V. (LAG Rock & Pop RLP) und der damit zusammenhängenden Gründung des Netzwerks musicRLPwomen* an, die Frage nach der Gendergerechtigkeit in der populären Musik sei bislang in der Öffentlichkeit nicht diskutiert und nur wenig wahrgenommen worden. In der allgemeinen Vorstellung schienen Frauen in diesem Musikbereich vielseitig vertreten. Erfolgreiche Karrieren – meistens von Popsängerinnen – ließen diese im Musikbusiness präsent erscheinen.

Zahlreiche Studien und Berichte belegten jedoch das Gegenteil. In der Musikindustrie sei nachweislich ein Ungleichgewicht der Geschlechter festzustellen, das unter anderem durch eine geringe weibliche Präsenz auf den Bühnen sichtbar werde.

Eine Auswertung des Vereins „Music S Women“ aus Sachsen habe ergeben, in diesem Jahr habe der weibliche Anteil in den Bands beim Festival „Rock am Ring“ lediglich 3 % betragen. Das sei zwar nicht überall derartig ausgeprägt, jedoch könne in der Rock- und Popmusik eine männliche Dominanz festgestellt werden, die sich nicht nur im Verhältnis von Frauen zum männlichen Geschlecht zeige, sondern auf alle Gendergruppen auszuweiten sei. Hierzu seien neben Frauen auch Lesben, Inter-, nicht-binäre und Transpersonen zu rechnen, die auch unter dem Begriff „FLINTA+“ zusammengefasst würden.

Die LAG Rock & Pop RLP habe sich mit ihrem Projekt „in:balance“ das Ziel gesetzt, diese Personengruppen in den Fokus zu nehmen und sich für Gendergerechtigkeit einzusetzen. Finanziert werde das Projekt aus den Neustartmitteln des Bundes sowie Mitteln der LAG Rock & Pop RLP.

Dem Projektträger gehe es insbesondere darum, ein allgemeines Bewusstsein für die unter dem Begriff „FLINTA+“ definierte Personengruppe in der Öffentlichkeit zu schaffen und im Bereich des Musikbusiness zu fördern. Damit sollten neue Ideen, Potenziale und Räume für eine wahrnehmbare und gleichberechtigte Präsenz von Personen aus der Personengruppe FLINTA+ in der Rock- und Popmusik erreicht werden.

Seit Mai 2021 fänden unter dem Dach der LAG Rock & Pop RLP Talkformate und Workshops im Rahmen von in:balance statt. In den Workshops gehe es um Gendergerechtigkeit auf den Bühnen, die Frage nach Machtstrukturen in der Popmusik, Songwriting für Personen aus der Personengruppe FLINTA+ und den Einstieg ins Bedroom Producing, einer Form von Homerecording.

Am 30. September 2021 werde die Reihe mit einem Onlinetalk zur Gendergerechtigkeit und einem Musikstreaming beendet. Gleichzeitig erfolge die Gründung einer rheinland-pfälzischen Ländervertretung des bundesweiten Netzwerks „Music Women* Germany“ mit dem Namen „musicRLPwomen*“.

Die Initiative widme sich der künstlerischen Entwicklung von Frauen in der Popmusik und deren Stellenwert in den Bereichen „Medien“ und „Business“. Als Teil des Netzwerks „Music Women* Germany“ bestehe ein Zugang zu deren bundesweiter Datenbank für alle Musikfrauen* in Deutschland.

Abg. Josef Philip Winkler bedankt sich für den sehr interessanten Bericht und merkt an, die Entwicklungen in dem Bereich seien immer wieder erstaunlich.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vors. Abg. Michael Wagner weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass für den 22. Dezember 2021 eine weitere Sitzung des Ausschusses für Kultur vorgesehen sei, und bittet darum, in der nächsten Sitzung am 3. Dezember 2021 darüber zu befinden, ob diese durchgeführt werden solle.

Mit einem Dank an die Teilnehmenden für ihre Mitarbeit schließt er die Sitzung.

gez. Judith Kläwer
Protokollführerin

Anlage

Anlage

An der Videokonferenz teilnehmende Abgeordnete

Denninghoff, Jörg	SPD
Guth, Jens	SPD
Kazungu-Haß, Giorgina	SPD
Klinkel, Nina	SPD
Rahm, Andreas	SPD
Schneid, Marion	CDU
Schnieder, Gordon	CDU
Wagner, Michael	CDU
Winkler, Josef Philip	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schmidt, Martin Louis	AfD
Willius-Senzer, Cornelia	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Hardeck, Prof. Dr. Jürgen	Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Hahn, Dr. Stefanie	Referatsleiterin im Ministerium des Innern und für Sport
Daum, Guido	Referent im Ministerium des Innern und für Sport

Landtagsverwaltung

Thiel, Christiane	Regierungsrätin
Kläwer, Judith	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)